

# Pressemitteilung

AZ: 0501

## **MORGEN - Aktionstag am 20. Juni 2023**

Schwerin, den 19.6.2023. Die Ampel steht auf Rot! Den Krankenhäusern geht das Geld aus. Morgen wird die Deutsche Krankenhausgesellschaft gemeinsam mit anderen Verbänden in Berlin der Bundespolitik deutlich machen, wie katastrophal es um die Finanzierung unserer Krankenhäuser wirklich bestellt ist. Auch Mitarbeiter aus den Kliniken Mecklenburg-Vorpommerns werden teilnehmen. Zudem werden einige Krankenhäuser im Land rot erleuchten. An Patienten und Besucher werden Flyer verteilt. „Wir brauchen den Druck aus der Bevölkerung – sonst träumt der Bundesgesundheitsminister weiter von seiner Reform, während die Kliniken schon längst Insolvenz anmelden“ so Uwe Borchmann, Geschäftsführer der Landeskrankenhausgesellschaft.

Den Krankenhäusern geht es wirtschaftlich so schlecht wie lange nicht mehr und teilweise hat die Politik diesen Zustand sehenden Auges herbeigeführt. Als die Corona-Krise zu einem massiven Rückgang der Krankenhausleistungen und damit der Einnahmen führte, hat die damalige Bundesregierung mit Soforthilfen pragmatisch reagiert. Im Anschluss an diese Soforthilfen hätten die Landesbasisfallwerte (Rechnungspreise der Krankenhäuser) dem Rückgang der Fallzahlen Rechnung tragen können, da im SGB V eine entsprechende Steigerungssystematik vorgesehen war. „Damit hätten wir den durch den Fallzahlrückgang eingetretenen Einnahmeverlust unproblematisch so decken können, dass die Fixkosten der Krankenhäuser bezahlt worden wären“, so die KGMV. Explizit diesen Mechanismus hat Minister Lauterbach aber aus dem Gesetz streichen lassen und damit die Krankenhäuser in eine existenzbedrohende Situation hineinmanövriert.

In einem zweiten Schritt hat der Bundesminister scheinbar ein riesiges Hilfspaket zur Abfederung der Energiepreissteigerungen für die Krankenhäuser geschnürt und in diversen Talkshows öffentlich beworben. Dieses Paket ist am Ende aber so in ein Gesetz gegossen worden, dass lediglich ein geringer Anteil der Mittel bei den Krankenhäusern ankommt und ein dreistelliger Millionenbetrag die Kliniken nicht erreicht. Theorie und Praxis sind offensichtlich dispart.

Hartnäckig weigert sich das Bundesministerium auch, die hohen Tarifsteigerungen der Krankenhäuser refinanzieren zu wollen. Noch immer gilt die Regelung, dass diese nur teilweise in die Landesbasisfallwerte einfließen dürfen.

„Wir erwarten, dass der Bundesminister über ein sofortiges Vorschaltgesetz unverzüglich seine eigenen Entscheidungen korrigiert - die Landesbasisfallwerte 2024 müssen die realen Kostensteigerungen der Jahre 2022, 2023 und 2024 abbilden. Dafür muss jetzt die gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Nur so werden genug Krankenhäuser für eine Reform übrigbleiben“, so die Krankenhausgesellschaft.

Mit einem bundesweiten Aktionstag „Krankenhäuser in Not“ morgen, am 20. Juni 2023 um 11 Uhr in Berlin, Washingtonplatz (vor dem Hauptbahnhof), soll u.a. auch diese Forderung gegenüber der Politik deutlich gemacht werden.

**Verantwortlich i.S. des Presserechts: Uwe Borchmann, Geschäftsführer**  
**Kontakt: Sabine Krüger Tel.: 0385/48529-116 info@kgmv.de**